

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Februar 2017, 26. Jahrg.

Bürgerentscheid zum Rathaus Bernau

Bürgermeister André Stahl: „Gehen Sie zur Wahl!“



Am Mittwoch, **den 15. Februar**, lädt die Stadtfraktion der LINKEN um 18 Uhr in die Galerie Bernau zu einer öffentlichen Sitzung ein. Das Thema: Der Bürgerentscheid zum Rathausneubau. Es geht um sachliche Information, Argumente dafür und dagegen und organisatorische Fragen zur Abstimmung.

Argumente zum Rathausneubau finden Sie auf Seite 5.

Am 5. März entscheiden die Bürgerinnen und Bürger Bernaus über den Rathausneubau. Rein rechtlich ist nur die Aufhebung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 13.10.2016 möglich. Dieser steht zur Abstimmung. Damit würde im Klartext nur entschieden werden, ob der Neubau des Rathauses eine Aussichtsplattform erhält. Aber darauf will sich Bürgermeister André Stahl nicht zurückziehen: „Wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt kein neues Rathaus will, werden ich der Stadtverordnetenversammlung empfehlen, keines zu bauen. Mit allen Konsequenzen.“ Der Schaden für die Stadt: 4 Millionen € bereits investiertes Geld, bis zu 6 Millionen verschenkte Fördermittel, Dienstleistungen der Verwaltung verteilt in 7 Standorten. Der Bürgermeister fordert deshalb auf: „Gehen Sie zur Wahl und erklären Sie Ihren Willen!“

»Ein paar Federn lassen, ja, aber nicht ganz gerupft werden«

Bahnwerk Eberswalde: Der Investor begann das Jahr mit Kurzarbeit

Von Ralf Kaiser,
Bundestagskandidat der LINKEN

Die Maschinen und Anlagen im Eberswalder Bahnwerk stehen nahezu alle still. Zum Jahresbeginn übernahm die Eisenbahnwerk Eberswalde GmbH, als Tochterunternehmen des Investors Quantum Capital Partners AG, den Traditionsstandort in Eberswalde von der Deutschen Bahn AG (DB AG) und startete nach einer Belegschaftsversammlung am 2. Januar 2017 mit Kurzarbeit oder Freistellung für die meisten, der verbliebenen 153 Beschäftigten.

Und wer trägt die Schuld daran? Richtig, wieder einmal die beratungsresistente, starrköpfige und geldgierige Gewerkschaft! Die Tarifverhandlungen sind festgefahren – eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerinteressenvertretung scheinbar unmöglich. Aber ist es das Verschulden der Gewerkschaft? Nur, weil sie will, dass kein Beschäftigter schlechter gestellt wird, als bei der Deutschen Bahn AG? Nein! Quantum hatte doch genug Zeit, sich entsprechend auf eine Tarifannäherung mit der Eisenbahn- und Verkehrs-

gewerkschaft (EVG) vorzubereiten. Die Geschlossenheit der Belegschaft und die Proteste gegen den Schließungsbeschluss des Werkes in den zurückliegenden zwei Jahren müssen doch vom Investor bemerkt worden sein, als Zeichen, dass die Beschäftigten kampfbereit und entschlossen sind. Sie wissen, was sie leisten können und was ihre Arbeit wert ist. Da lässt es die EVG als zuständige Interessensvertretung und Verhandlungsführerin, auch nicht zu, dass es bei einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zu einer 15-prozentigen Schlechterstellung kommt.

Besitzstandswahrung, heißt die Zauberformel. Sicherlich kann man über ein paar kleine Kompromisse und Zugeständnisse reden. Aber ein paar Federn lassen heißt nicht gleich, ganz gerupft zu werden.

Aus meiner eigenen beruflichen Erfahrung und durch meine gewerkschaftliche Tätigkeit habe ich eines sehr deutlich gelernt: Lohnverzicht und unverhältnismäßige Zugeständnisse seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben auf lange Sicht keine Beschäftigung und Existenz eines Unternehmens gerettet.

Eine weitere Begründung für den Stillstand, beziehungsweise stockenden Start des neuen Unternehmens, sind Brandschutzmängel in einigen Bereichen des Werkes – klingt ein wenig wie beim Berliner Flughafenbau. Aber auch hier hatte der Investor im vergangenen Jahr ausreichend Zeit, diesem Problem seine Aufmerksamkeit zu schenken.

Dann ist da noch die Sache mit den abgebauten Maschinen und Anlagen durch die DB AG im Werk; da wurden zufällig auch Anlagen demontiert, die eigentlich vor Ort bleiben sollten. Als das festgestellt wurde, kamen diese wieder zurück, allerdings fehlten einige wichtige Bauteile!

Ich hoffe und erwarte, dass sich die Situation schnellstmöglich entspannt. Dazu zählen vernünftige und zukunftsfähige Haustarifverhandlungen, Besitzstandswahrung für alle Beschäftigten im größtmöglichen Rahmen, funktionsfähige Maschinen und Betriebsstätten sowie volle Auftragsbücher und tendenziell eine Vollausslastung des Werkes, mit Beschäftigtenzahlen, wie es bis zum Herbst 2014 im ehemaligen „RAW“ Eberswalde aussah.

In dieser Ausgabe

Effektivere Ausschüsse

Eberswalde hat Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung neu strukturiert, erläutert Jürgen Wolff. **2**

Kurze Wege garantieren

Die Kreistagsfraktion der LINKEN diskutiert die Verwaltungsstrukturreform. **3**

Obergrenze für Kaltmieten

Die Ombudsfrau Kerstin Kühn erläutert die Änderungen bei den „Kosten der Unterkunft“ für den Barnim. **4**

Ein neues Rathaus für Bernau

Die LINKEN sagen eindeutig: Ja, zum Rathausneubau. Nein beim Bürgerentscheid. Die Argumente. **5**

Zeit der Worte: Wenn die Zukunft friedlich sein soll

Zu den Truppentransporten der USA/der NATO durch Brandenburg gab es Proteste der LINKEN. Wie kann man den Frieden sichern?, fragt Ralf Christoffers. **6**

Leistungsfähigkeit erhalten

Tausende neue Lehrerinnen und Lehrer wurden in den vergangenen Jahren eingestellt. Nun muss es darum gehen, dass ältere Beschäftigte gesund bis zur Rente arbeiten können, meint die LINKE. **7**

Ehrenamt unterstützen

Die Vergünstigungen für die Ehrenamtskarte wurden verbessert. **7**

kleine
zeitungen

OW ist Mitglied im gemeinsamen Internetportal der Tageszeitung »nd« und kleiner linker Zeitungen. Lesen Sie auf: www.kleinezeitungen.de

Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADED1GZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

Make Amerika great again?

Von Sebastian Walter

Nun ist das Unvorstellbare Realität geworden – ein Milliardär, ein Rassist, Sexist und Chauvinist ist Präsident der größten Militärmacht der Welt. Was wie ein Alptraum schien, ist jetzt Wirklichkeit. Trump hat Hass geschürt und seinen Anhängern Versprechen gegeben, die er nicht einhalten kann. Wie alle Rechtspopulisten hat er keine machbaren Lösungen anzubieten, seine vermeintlich einfachen Antworten werden nicht funktionieren. Oder vielleicht doch? Die Frage

Kommentar

bleibt, wie das geschehen konnte. Vergleiche zu Deutschland sind mehr als angebracht.

Trumps Erfolg zeigt, wie stark die hemmungslose Liberalisierung der Wirtschaft und die Aufgabe sozialpolitischer Ansprüche – in den USA stärker als in Europa – Menschen verunsichern und entwurzeln. Die Folgen sind dramatisch: Denn wer die Mittelschichten vernachlässigt und soziale Spaltung fördert, der spielt den Rechtspopulisten und dem Hass gegen Migranten, Frauen und gesellschaftliche Minderheiten in die Hände.

Die Politik hat einen großen Teil der Menschen einfach vergessen und abgehängt. Diese Aussage ist nicht neu. Es helfen hier auch keine Sonntagsreden, sondern Taten. Menschen können in vielen Bereichen nicht mehr selbstbestimmt leben – auch, weil das Geld nicht bis zum Monatsende reicht. Die gesellschaftliche Spaltung gedieh auf der seit Jahrzehnten vorangetriebenen sozialen Spaltung. Deshalb müssen wir endlich den Menschen wieder Hoffnung machen, Hoffnung auf ein besseres Leben ohne Angst.

Effektive Arbeit in den Ausschüssen

Fraktion der LINKEN Eberswalde: „Sozialausschuss“ umfangreicher

Von Jürgen Wolff,
Fraktionsvorsitzender (LINKE)

Im letzten Jahr haben wir, die Fraktion der LINKEN, in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde maßgeblich mitgewirkt, die Ausschussstruktur der Stadtverordnetenversammlung zu verändern. Das Ergebnis war die Streichung des Ausschusses für Energiewirtschaft und die Zusammenlegung der Ausschüsse für Kultur, Soziales und Integration und Bildung, Jugend und Sport im November des letzten Jahres.

Beide Entscheidungen wurden nach langen Gesprächen und Diskussionen in und außerhalb der Gremien mit allen Beteiligten getroffen und von den LINKEN mitgetragen.

Im ersten Moment könnte man vermuten, dass dadurch Beteiligungsmöglichkeiten von Abgeordneten und Bürgern eingeschränkt würden. Betrachtet man jedoch die Abläufe, wie sie in den Ausschüssen für Energiewirtschaft und Kultur, Soziales und Integration zuletzt stattfanden, erkennt man schnell, dass es sich dabei um rationale Entscheidungen handelt. So waren die Tagesordnungen beider Ausschüsse regelmäßig so kurz, dass sie trotz Anwohnersprechstunden und ausgedehnter Informationen aus der Stadtverwaltung in ihrer Dauer unter einer Stunde blieben. Dies konnte unserer Ansicht nach gegenüber den Bürgern nicht weiter verantwortet werden. Gern wird hier behauptet die Ursache läge bei den Vorsitzenden und jeweiligen Verantwortlichen der Stadtverwaltung, die ihrer Verantwortung den Ausschuss mit Inhalten zu füllen, nicht gerecht geworden wären. Es kamen allerdings ebenfalls sehr



Sportzentrum Westend in Eberswalde: Nun sind die Bereiche Kultur, Soziales, Integration, Bildung, Jugend und Sport in einem Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung zusammen gefasst. Foto: pb

wenige bis keine Anträge auf Tagesordnungspunkte von den jeweiligen Fraktionen. Desweiteren war vor allem in den Ausschüssen für Kultur, Soziales und Integration und Bildung, Jugend und Sport immer wieder eine Doppelung von Informationen und Themen zu beobachten, was teilweise zu widersprüchlichen Informationsständen innerhalb der Fraktionen führte und so die Arbeit zusätzlich erschwerte. Ähnlich verhielt es sich mit den Inhalten des Ausschusses für Energiewirtschaft. Die Entscheidungen zu vertraglichen Aspekten wurden und werden weiterhin im Hauptausschuss diskutiert und getroffen, im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt die relevanten Umweltthemen im Bereich Bauleitplanung und Stadtentwicklung, im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen die der Wirtschaft und Unternehmen. Gegen das Argument der unverantwortlichen Einschränkung der Einwohnerbeteiligung lässt sich hier erwidern, dass aus Erfahrung in beiden Ausschüssen die

Einwohnersprechstunde im seltensten Fall in der vorgesehenen Dauer ausgereizt wurde.

Deshalb hat die Fraktion der LINKEN es für nötig erachtet, diese rationale Neustrukturierung mitzutragen und damit bei Stadtverordneten und Stadtverwaltung Ressourcen freizugeben. Schließlich sind nicht die Ausschüsse der aktivistische Teil der Stadtverordnetenversammlung, sondern die Stadtverordneten selbst. Abschließend sei noch erwähnt: Der neugegründete Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport hat jetzt natürlich ein erhöhtes Arbeitspensum. Dem lässt sich aber durch Organisation, einer verkürzten Form der Informationsgabe sowie einer pointierteren, sachlichen Diskussion entgegenwirken. Und daran wiederum wirken alle Beteiligten mit.

Ich bin überzeugt, dass in diesem neuen Ausschuss alle relevanten Themen und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger Platz und Raum zur Diskussion finden.

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab:

Kreisvorstand: 22. Februar 2017

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de
6. und 20. Februar, 6. März, jeweils 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

Nächster Kreistag: 15. März 2017, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 03338-7047455
Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Stadtfraktion Eberswalde: Tel.: 03334-236987, 6. und 20. Februar, 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde, Stadtverordnetenversammlung: 21. Februar, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-5881, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: Info@dielinke-barnim.de,

Stadtfraktion Bernau: 23. Februar, 15-18 Uhr, Fraktionssprechstunde: Berliner Straße 17; www.linksfraktion-bernaude
Stadtverordnetenversammlung: 2. März 2017, 16 Uhr, Stadthalle Bernau,
E-Mail: fraktion-bernaude@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251

Gemeindefraktion Panketal: Sitzungen der Gemeindevertretung: 27. Februar, 19 Uhr, Rathausaal
22. Februar 2017, 19 Uhr, in Leo's Restauration Linker Stammtisch

Bürgerbüro Wandlitz: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de

Gemeindefraktion Ahrensfelde: bitte Tagespresse beachten

Regionalgruppe Cuba si: E-Mail: bernaude@cuba-si.org **[,solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerst./Monat, 18 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 3. Februar und 3. März 2017, 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreisfraktion der LINKEN

Kontakt:

DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de,
download: www.dielinke-barnim.de,

Virtuelle Redaktion: Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm), Sebastian Walter (ViSDP/sw), Margot Ziemann (maz), Christel Zillmann (cz)

Auflage: 16.000

nächster Redaktionsschluss:
20. Februar 2017

nächster Erscheinungstermin:
8. März 2017

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

Kurze Wege garantieren

Barnimer Kreistag berät am 15. März über Verwaltungsstrukturreform/
LINKE lädt am 20. Februar zur Diskussion nach Biesenthal

Von Lutz Kupitz, Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der LINKEN

Die vom Land geplante Verwaltungsstrukturreform (VSR) wird eines der bestimmenden politischen Themen in diesem Jahr werden.

Um es vorweg zu nehmen: Ich halte eine Reform der Verwaltungsstrukturen im Land auch angesichts der demografischen und der daraus resultierenden veränderten Finanzausstattungen der Kreise für notwendig. Die LINKE, auch im Barnim, hat in diesem Zusammenhang immer wieder betont, dass die Handlungsfähigkeit der Kreise in Bezug auf die Sicherung der Aufgaben der Daseinsfürsorge das entscheidende Kriterium für eine mögliche Reform sein muss.

Ein weiteres Kriterium für uns ist, dass eine Verwaltungsstrukturreform vor allem auch an eine Funktionalreform – also die Übertragung von Aufgaben des Landes an die Kreise und in einer zweiten Stufe die Übertragung kreislicher Aufgaben an die Gemeinden – gekoppelt sein muss. Es geht also darum, Aufgaben dort zu erledigen, wo sie entstehen. Dazu gehört es auch, dass Bürgerzentren erhalten bzw. neu geschaffen werden, um kurze Wege zu den Behörden zu garantieren.

Soweit einige der Kriterien, die die LINKE in den Mittelpunkt ihrer Bewertung der angestrebten Reform stellt. Nach der Enquete-Kommission des Landtages und nach dem Leitbild liegt nun vom Ministerium des Innern und für Kommunales ein Referentenentwurf für ein Artikelgesetz zur anstehenden Reform vor. Der Umgang mit dem Thema, aber auch dort festgelegte Inhalte zeigen, dass es dem Ministerium offensichtlich an

»Dem Ministerium mangelt es offenbar an Sensibilität im Umgang mit dem Thema.«

der notwendigen Sensibilität im Umgang mit dem Thema mangelt.

Es ist sicher zu begrüßen, dass die Kreistage jetzt aufgefordert sind, Stellungnahmen dazu abzugeben. Allerdings hat das Ministerium die Fristen ursprünglich so kurz gesetzt, dass eine ernsthafte Befassung damit nicht möglich war. Erst auf Drängen der LINKEN im Landtag wurde die Frist verlängert, so dass eine Befassung jetzt am 15. März im Kreistag Barnim möglich ist. Immer noch eine sehr kurze Frist, aber machbar.

Ursprünglich war im Zusammenhang mit dem Referentenentwurf auch nicht die Rede von der Verbindung der Verwaltungsstrukturreform mit der notwendigen Funktionalreform. Das soll jetzt endlich zusam-

mengeführt werden. Ein Gesetzestext zur Funktionalreform liegt aber bisher immer noch nicht vor.

Nach einer ersten Sichtung des vorliegenden Referentenentwurfes gibt es aus Sicht der LINKEN im Kreistag folgende noch zu überarbeitende Punkte:

Erstens. Die Zusammensetzung des Fusionsgremiums (das Gremium soll die mögliche Fusion von Landkreisen vorbereiten) muss anders ge-



Bürgernahe Verwaltung bietet viele sind bereits online an. Fotomontage: pb

regelt werden. Das Gremium muss größer werden, kleine Fraktionen müssen beteiligt werden, die Beteiligung im Gremium soll die Stärke der Fraktionen abbilden (vergleichbar mit Besetzung von Ausschüssen). Gleichzeitig soll die Besetzung von den Fusionspartnern paritätisch erfolgen.

Zweitens. Über die künftige Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in den Kreistagen gibt es im Entwurf keine Aussagen. Für diese Unterstützung vor allem in den größeren Kreisen sollte über Mindeststandards diskutiert und diese im Gesetz verankert werden. Hier sind landesweit einheitliche Standards wünschenswert. Inhaltlich soll dabei unter anderem über hauptamtliche Geschäftsführer für Kreistagsfraktionen und über finanzielle und materielle Mindestausstattungen für die Fraktionsarbeit, auch für kleine Fraktionen, nachgedacht werden. Diese Mindeststandards sollen sich nicht ausschließlich an der zahlenmäßigen Stärke der Fraktionen orientieren.

Drittens. Personal- und Finanzentscheidungen der „alten“ Kreise vor der möglichen Fusion müssen natürlich zwischen den Partnern abgestimmt werden. Es kann aber nicht sein, dass – wie im Entwurf vorgesehen – die Kommunalaufsicht des Landes die letzte Entscheidung trifft. Das wäre ein Eingriff in die Verwaltungshoheit der Kreise, den die LIN-

KEN nicht mittragen kann.

Das vorliegende Artikelgesetz regelt darüber hinaus weitere Änderungen unter anderem in der Brandenburger Kommunalverfassung. Dies in Gänze zu überblicken wird noch eine Aufgabe der nächsten Wochen sein.

Parallel zum Gesetzgebungsverfahren zur VSR will die LINKE einen verbindlichen Aufgabenkatalog für die Funktionalreform II. Diese soll die zukünftige Aufgabenübertragung

vom Kreis auf die Kommunen regeln.

Das ist für die öffentliche Debatte zur VSR unbedingt notwendig, wenn nicht nur über Kreisgrenzen und zukünftig größere Entfernungen bis zur Kreisstadt diskutiert werden soll. In diesem Katalog sollen insbesondere jene Aufgaben verbindlich fixiert werden, die künftig aus den Kreisen in die Städte verlagert werden und die Bürgernähe von Verwaltung sichern sollen. Mit diesem Aufgabenkatalog soll gleichzeitig geprüft werden, welche Aufgaben bereits vor Inkrafttreten der VSR II in den Städten eingerichtet werden sollen, auch wenn über die Übertragung der Aufgaben noch nicht entschieden wurde.

Bei der Debatte um die Aufgabenübertragung soll noch einmal über die Struktur der staatlichen Schulämter nachgedacht und die Übertragung dieser Aufgabe an die neuen Landkreise diskutiert werden. Damit würde man die Kritik an der derzeitigen Struktur aufnehmen und könnte die Aufgaben von Schulträger und Schulaufsicht in einer Hand zusammenführen.

Eine Diskussion, die wir alle gemeinsam führen müssen. Die Barnimer Kreistagsfraktion der LINKEN wird sich damit unter anderem in ihrer Fraktionssitzung **am 20. Februar** ab 18 Uhr in der Gaststätte „Zur alten Eiche“ in Biesenthal befassen und lädt alle Interessierten herzlich ein.

Sprechstunden in Eberswalde

Von Michael Wolff

Der Stadtvorstand der LINKEN Eberswalde bietet ab Dezember jeden Freitag Sprechstunden im Bürgerzentrum in der Heegermühler Straße 15 an. Die nächsten Termine: **3., 10., 17., und 24. Februar**, jeweils 14 - 16 Uhr.

„Roter Salon“ Bernau

OW-Beitrag/mg

Die Bernauer Linken laden ein zum ROTEN SALON – politische Gespräche in lockerer Atmosphäre. Jeden dritten Mittwoch im Monat ab 18 Uhr im Bernauer Bürgerbüro der LINKEN, Berliner Str. 17. Nächste Termine: **15. Februar und 15. März**.

Wahl Stadtvorstand

OW-Beitrag/ts

Am 25. Februar trifft sich die Bernauer LINKE von 9.30 bis 13.30 zu einer Mitgliederversammlung, in der es unter anderem um die Wahl eines neuen Stadtvorstandes geht. Sie findet im Treff 23 in der Breitscheidstraße 41a in Bernau statt.

Stammtisch Panketal

Von Christel Zillmann

Die LINKE Panketal lädt zu ihrem traditionellen monatlichen Stammtisch in Leo's Restauration in Zepernick, Schönower Straße 59: **Am 22. Februar und 29. März 2017** kann jeweils ab 19 Uhr in lockerer Atmosphäre über aktuelle politische Themen diskutiert werden.

Die Mitgliederversammlungen der Panketaler LINKEN finden **am 13. Februar sowie 13. März 2017**, jeweils um 19 Uhr im Rathaussaal am S-Bahnhof Zepernick statt.

Offene Worte mit Dagmar Enkelmann

OW-Beitrag/maz

Die nächsten „Offenen Worte mit Dagmar Enkelmann“, der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung, finden **am 5. Februar 2017** im Bernauer „Treff 23“ in der Breitscheidstraße 41a statt. Gast: Anita Tack, Landtagsabgeordnete der LINKEN.

Preisskat Eberswalde

Von Günther Klaue

Der öffentliche Seniorenpreisskat der LINKEN in Eberswalde findet immer am letzten Mittwoch des Monats statt, also **am 22. Februar 2017**, um 14 Uhr in der Alten Brauerei, Eisenbahnstraße 29.

Die Anmeldung ist zur Preisgestaltung erforderlich bei einem Einsatz von 8 € über E. Brunck, Tel.: 03334-24818 oder G. Klaue, Tel.: 03335-325 378

Kaltmietobergrenze bei Sozialleistungen erhöht

Neue Richtlinie für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft im Barnim ab 2018 geplant

Von Kerstin Kühn,
Ombudsfrau für den Barnim

In meiner Funktion als Ombudsfrau habe ich bereits in der Sitzung des Kreistages vom 21. September 2016 einen ersten Bericht zur Evaluierung der Richtlinie der Kosten der Unterkunft im Landkreis Barnim erstattet (siehe OW Oktober). Dieser bezog sich auf den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2016.

Auch im zweiten Halbjahr 2016 habe ich im Rahmen meiner Tätigkeit strittige Fälle zu den Kosten der Unterkunft im Jobcenter Barnim und im Grundsicherungsamt des Landkreises Barnim geprüft.

Die Prüfung der mir übergebenen Akten führte zu dem Ergebnis, dass die Ermessensentscheidungen des Jobcenters und des Grundsicherungsamtes auf der Grundlage der bestehenden Kosten der Unterkunft Richtlinie vom 2. Dezember 2015 und unter Würdigung des Einzelfalls zu einem Drittel zu beanstanden waren.

In 6 Fällen wurde von mir eine Empfehlung zur Teilabhilfe, in 5 Fällen die vollständige Abhilfe des Widerspruchs ausgesprochen.

Wie in der OW-Oktober schon ausgeführt, hat die Ermittlung der regionalen Angemessenheitsgrenzen einer Richtlinie auf der Grundlage eines gerichtlich überprüfbar schlüssigen Konzeptes zu erfolgen. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts handelt es sich dabei um ein planmäßiges Vorgehen des Grundsicherungsträgers im Sinne der systematischen Ermittlung und Bewertung genereller, wenngleich orts- und



Kerstin Kühn kandidiert für den Bundestag, für die LINKE im Wahlkreis 59. Auf dem Foto (stehend): Am 7. Dezember bei der AWO Bernau zum Thema: Gesundheit vor Ort – alles bestens in Bernau?

Foto: Detlef Kühn

zeitbedingter Tatsachen für sämtliche Anwendungsfälle im maßgeblichen Vergleichsraum und nicht nur ein punktuell Vorgehen von Fall zu Fall (Urteil des Bundessozialgerichtes vom 22.09.2009, B 4 AS 18/09 R).

Mir ist bewusst, dass ein solches Verfahren sehr aufwändig und teuer ist, da die festgelegte Höhe der örtlichen Vergleichsmieten nach mathematisch-statistischen Grundsätzen nachvollziehbar sein muss.

Die finanziellen Mittel für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes sind nunmehr bei der Haushaltsaufstellung des Landkreises Barnim für 2018 eingeplant worden.

Das bedeutet für die Praxis, dass mit seiner Fertigstellung nicht vor Anfang 2019 zu rechnen sein dürfte. Bis zu seiner endgültigen Fertigstellung im Jahr 2019 habe ich angeregt,

die bestehende Richtlinie ergänzt um meine Analyseergebnisse, die Urteile gerichtlicher Entscheidungen und den durch die Stadtverordneten der Stadt Eberswalde beschlossenen einfachen Mietspiegel durch Arbeitsanweisungen in den täglichen Arbeitsprozess mit aufzunehmen.

Im Handlungsprozess können die Festlegungen der gültigen Richtlinie in Verbindung mit den Arbeitsanweisungen als Entscheidungsgrundlage für die Mitarbeiter im Jobcenter Barnim und Grundsicherungsamt des Landkreises Barnim in Anwendung gebracht werden.

Dazu gehören die folgenden Grundsätze:

Erstens. Erhöhung der Angemessenheitsgrenze in der Stadt Eberswalde auf 4,90 € je Quadratmeter entsprechend dem aktuellen Mietspiegel.

Somit wären künftig folgende Kaltmietpreise je Quadratmeter, bezogen auf die jeweilige Gemeinde/Stadt angemessen:

Preis/m ²	Gemeinde/Stadt
5,43 €	Ahrensfelde
	Bernau bei Berlin
	Wandlitz
	Panketal
4,85 €	Werneuchen
4,90 € NEU	Eberswalde
4,00 €	Schorfheide
	Biesenthal-Barnim
	Britz-Chorin-Oderberg
	Joachimsthal

m² = Quadratmeter

Zweitens. Anpassung der Betriebskostenrichtlinie durch Einführung einer Bruttokaltmiete (Nichtprüfungsgrenze von 1,30 € je für kalte Betriebskosten). Nach Urteilen des Bundessozialgerichts sind zur Bestimmung der Angemessenheit einer Wohnung auch die abstrakt angemessenen Betriebskosten zu bestimmen und als Faktor in das Produkt mit einzubeziehen. Ausgenommen hiervon sind die Kosten für Heizung und Warmwasser. Liegt die Bruttokaltmiete einer Wohnung innerhalb dieses Produktes, gilt sie als angemessen, unabhängig davon, wie sich Nettokaltmiete und kalte Betriebskosten tatsächlich aufteilen.

Ich habe daher vorgeschlagen, eine Nichtprüfungsgrenze von 1,30 € pro Quadratmeter für kalte Betriebskosten einzuführen.

LINKE diskutiert Wahlprogramm

Regionalkonferenz am 11. Februar

OW-Beitrag/bc

Beim Jahresauftakt der LINKEN am 13./14. Januar in Berlin haben die Parteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping den ersten Entwurf des Wahlprogramms für die Bundestagswahl vorgestellt.

Dabei kritisierte Katja Kipping auch die Absage der Union an jegliche Steuererhöhungen als „staatliche Reichtumspflege und als Blankoscheck zur obszönen Reichtumsanhäufung.“ Bereits im Vorfeld haben sich viele Mitglieder der LINKEN mit ihren Vorschlägen und Erfahrungen an der Erstellung des Wahlprogramms beteiligt. Auf vier bundesweiten Regionalkonferenzen werden die LINKEN nun dieses Wahlprogramm diskutieren. Die Regionalkonferenz findet am 11. Februar von 11 bis 17 Uhr in Leipzig, Felsenkeller, Karl-Heine-Straße 32, statt.

Im Plenum und in Arbeitsgruppen wird gemeinsam mit Katja Kipping diskutiert werden, was noch fehlt, was geändert werden sollte und wie die LINKE gemeinsam in einen guten und kämpferischen Bundestagswahlkampf starten kann.

Die Zukunft,
für die wir kämpfen:
**SOZIAL.
GERECHT.
FÜR ALLE.**
DIE LINKE.

Sozialarbeit an den Schulen

Jugendhilfeausschuss: Im April Evaluierung

Von Margitta Mächtigt

Im Februar 2015 beschloss der Kreistag auf Antrag der Fraktion DIE LINKE eine weitere Stärkung und Evaluierung der Schulsozialarbeit an den kreisgeleiteten Schulen. Ziel ist es, die unterschiedlichen Hilfeangebote an den Schulen zu analysieren und deren Wirksamkeit bei der Unterstützung hilfebedürftiger Schülerinnen und Schüler sowie deren Familien zu qualifizieren. Seitdem beschäftigte sich der Jugendhilfeausschuss des Kreistages bereits zweimal mit dem Stand der Evaluierung, darunter einmal gemeinsam mit dem Bildungsausschuss des Landkreises. Klar ist, dass diese Aufgabe nicht leicht ist, da sich in den vergangenen 20 Jahren Strukturen verfestigt haben. Tatsache ist aber auch, dass trotz fortgesetzter Förderung und einer ständigen Erhöhung der Ausgaben stabile Erfolge

der Förderungen kaum erkennbar sind. So muss im Evaluierungsprozess heraus gearbeitet werden, welche Bedingungen an den Schulen in Zusammenarbeit mit den an ihnen arbeitenden Trägern der Jugendhilfe geschaffen werden müssen, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Dazu gehören auch, Kriterien und Maßstäbe, an denen der Erfolg gemessen werden soll, festzuschreiben. Vorgesehen ist nun, im April im Jugendhilfeausschuss die Evaluationsergebnisse zu diskutieren und anschließend das neue Modell an zwei Schulen im Schuljahr 2017/2018 und an weiteren zwei Schulen ab dem Schuljahr 2018/2019 zu erproben. Der Jugendhilfeausschuss geht davon aus, dass es damit gelingen kann, die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler zu festigen, deren Stärken und Schwächen besser als bisher zu analysieren und Hilfeangebote konzentrierter anwenden zu können.

Neubau oder nicht?

Fragen und Antworten
zum den Plänen für ein neues Rathaus

In ihrer Sitzung am 13. Oktober 2016 beschloss die Bernauer Stadtverordnetenversammlung nach hitzigen Diskussionen mit breiter Mehrheit, die Planung und Realisierung des neuen Rathauses an der Ecke Bürgermeisterstraße/Grünstraße in der bisherigen Form fortzuführen, also mit einer gegenwärtigen Kostenschätzung in Höhe von 15,8 Millionen Euro. Im Folgenden sollen die am häufigsten gestellten Fragen zum Thema beantwortet werden.

Warum braucht Bernau ein neues Rathaus?

Das über 200 Jahre alte Rathaus ist inzwischen viel zu klein. Die Verwaltung ist auf sieben Standorte in der Stadt verteilt. Die Folgen:

- lange Wege oder Umwege für die Bürgerinnen und Bürger bei Behördengängen, lange Wege auch für die Verwaltungsmitarbeiter
- die Gebäude sind nur teilweise barrierefrei zugänglich
- Platzmangel durch mehr Verwaltungsmitarbeiter, deren Anzahl durch den anhaltenden Bevölkerungswachstums gestiegen ist.

Kann man das derzeitige Gebäude in der Bürgermeisterstraße 25 zum neuen Rathaus umbauen?

Das vorhandene, 1965 errichtete, Gebäude eignet sich nicht dafür. Es ist zu klein. Laut einem Expertengutachten wäre es aufgrund der statischen Gegebenheiten äußerst unwirtschaftlich, dort eine Aufstockung vorzunehmen. Deswegen soll das Haus abgerissen und ein neues Gebäude errichtet werden.

Gibt es keinen anderen Standort für ein neues Rathaus?

Bei der mehr als zehnjährigen Diskussion um das neue Rathaus wurden mehrere Standorte betrachtet. Insbesondere ging es um das Gelände am sogenannten Ladeburger Dreieck („Krankenhausparkplatz“). Die vertiefende Standortuntersuchung ergab jedoch, dass die Innenstadt ge-

schwächt würde, wenn das neue Rathaus an dieser Stelle gebaut würde. Ein Neubau in der Innenstadt wird die Innenstadt hingegen langfristig stärken. Die Mehrheit der Stadtverordneten entschied sich daher im Jahr 2013 für den Standort im Stadtzentrum.

Welche Vorteile bringt das neue Rathaus den Bürgerinnen und Bürgern?

Sie bekommen den gesamten Service ihrer Verwaltung in einem Gebäude. Neben den Stadtverordnetenversammlungen können in dem im Haus eingepflanzten Multifunktionsaal vielfältige kulturelle und städtische Veranstaltungen stattfinden. Von der Dachterrasse können Sie den Ausblick auf Bernau genießen.

Wurden die Bürger einbezogen?

Die Diskussion um ein neues Rathaus für Bernau wird seit mehr als 10 Jahren öffentlich geführt. Es wurden zwei Architekturwettbewerbe durchgeführt, mehrere Workshops mit Bürgerbeteiligung und eine Untersuchung zum Standort. Im Ergebnis des zweiten Architekturwettbewerbes wählte eine Jury im Herbst 2014 einstimmig den jetzigen Entwurf für das neue Rathaus. Anschließend gab es eine Ausstellung mit allen Rathausentwürfen, die mehrere Wochen öffentlich besichtigt werden konnte.

Was passiert mit dem historischen Rathaus?

Das Rathaus am Marktplatz wird weiter genutzt, beispielsweise für Trauungen. Außerdem werden der Bürgermeister und die ihm direkt zugeordneten Bereiche weiter im alten Rathaus arbeiten.

Weshalb gibt es eine Kostensteigerung von 9,8 Millionen auf 15,8 Millionen Euro?

Noch im Architekturwettbewerb 2014 war man von 9,8 Millionen ausgegangen. Dieser Kostenansatz war zu gering und laut Bürgermeister André Stahl „schlicht und ergreifend falsch“. Mit der nun vorliegenden Vor-



Neujahrsempfang der LINKEN für eine soziale Stadt

Zum Alternativen Neujahrsempfang der LINKEN Bernau wurden in diesem Jahr Spenden für die Bernauer Tafel gesammelt. Rund 60 Bernauerinnen und Bernauer, darunter Vertreterinnen von Vereinen, Parteien und Ortsvorsteher waren der Einladung gefolgt und überbrachten Lebensmittel- und Geldspenden für die Bernauer Tafel e. V., die gerade am Vorabend Opfer eines Einbruches geworden war. Norbert Weich, der Tafel-Gründer und Vorsitzende des ehrenamtlichen Vereins bedankte sich für die Unterstützung. Inzwischen werden in 10 Ausgabestellen in und um Bernau mehr als 1000 Menschen mit Lebensmittelspenden versorgt. Dagmar Enkelmann, die Fraktionsvorsitzende der LINKEN kommentierte: „Nur mit Sachlichkeit und Solidarität können wir in Bernau die soziale Stadt schaffen, die wir uns alle wünschen“. Foto: H. Klage

planung ist erstmals eine realistische Kostenschätzung möglich. Durch die Kostensteigerung bei den Baupreisen und zusätzliche Änderungen wie die Einrichtung einer Dachterrasse und eines Multifunktionsaals sowie einem deutlich höheren energetischen Standard steigen die Kosten um rund 1,4 Millionen €.

Sind 15,8 Millionen € zu viel?

Die ermittelten Kosten liegen im durchschnittlichen Bereich für ein Büro- bzw. Verwaltungsgebäude mit mittlerem Standard.

Zahlt die Stadt diesen Neubau ganz alleine?

Die derzeit geschätzt 15,8 Millionen € minimieren sich um mindestens 1,7 Millionen € Fördermittel von Bund und Land. Weitere Förderungen von 4 Millionen € sind beantragt.

Werden wegen des Rathausneubaus andere geplante Bauvorhaben nicht realisiert?

Natürlich kann jeder Euro nur einmal ausgegeben werden. Fakt ist: Für alle bislang von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Bauvorhaben sind die entsprechenden Gelder im Haushalt eingeplant. So sind zum Beispiel in den kommenden Jahren der Bau einer neuen Kita, der Bau der Entlastungsstraße und diverse Instandhaltungsmaßnahmen an Schulen und Kitas vorgesehen. Auch bei den freiwilligen Leistungen (z.B. Zuschüsse für Kultur-, Sport- und soziale Vereinsarbeit) sind keine Änderungen geplant.

Wann soll das Rathaus stehen?

Im kommenden Frühjahr soll das Haus in der Bürgermeisterstraße 25

abgerissen und anschließend mit dem Neubau begonnen werden. 2020 soll das neue Rathaus bezogen werden.

Wurde an die Sicherheit der benachbarten Gebäude gedacht?

Schon in der Vorplanung wurden Sicherungsmaßnahmen der Umgebungsbebauung berücksichtigt. Der Zustand der Nachbargebäude soll dokumentiert werden. Es wurden frühzeitig Statiker und Bodengutachter einbezogen. Auch für archäologische Untersuchungen sind Gelder geplant.

Wo findet man die Ämter, die jetzt in der Bürgermeisterstraße 25 arbeiten?

Sie ziehen für die Bauzeit in die Zeperner Chaussee 45.

Wird die Bürgermeisterstraße während der Bauarbeiten zur Baustraße?

Nein, die Anfahrt der Baufahrzeuge ist über die Tuchmacherstraße und die Grünstraße vorgesehen. Die Abfahrt erfolgt über die Mühlenstraße (um das Mühlentor herum). Die Bürgermeisterstraße bleibt geöffnet und kann bis zum Bauzaun am oberen Ende des Laubenganghauses wie bisher für Märkte und Veranstaltungen genutzt werden. Auch der größte Teil des Marktplatzes soll weiter zur Verfügung stehen. Für Fußgänger wird es einen Durchgang von der Bürgermeisterstraße zur Mühlenstraße/Kirchgasse geben. Alle Geschäfte in der Bürgermeisterstraße und am Marktplatz bleiben weiter zugänglich.

Bürgerentscheid am 5. März 2017

Zur Abstimmung steht folgende Frage: „Sind Sie dafür, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Bernau vom 13.10.2016 mit der Nummer 6-163-2016 aufgehoben wird?“

Es geht also um die Aufhebung dieses Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung. **Ein Stopp des gesamten Rathausbaus steht nicht zur Abstimmung.** Diese Überschrift des Bürgerentscheides ist missverständlich, muss jedoch wegen der ursprünglichen Formulierung durch die Initiatoren weiter verwendet werden.

Die LINKE empfiehlt: Stimmen Sie mit Nein! Bernau braucht das neue Rathaus!

Ein Bürgerentscheid ist wie eine Wahl, die am 5. März 2017 in den Wahllokalen durchgeführt wird. Alternativ können die Briefwahlunterlagen ab Erhalt der Abstimmungsbenachrichtigungen beim Wahlbüro der Stadt angefordert werden. Sie werden dann zugesandt.



Zeit der Worte: Wenn die Zukunft friedlich sein soll

Zu den Truppentransporten der USA/der NATO durch Brandenburg gab es Proteste der LINKEN/ Was ist richtig, um den Frieden zu sichern? Der Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN, Ralf Christoffers, sprach dazu im Landtag. Die Grundgedanken lesen Sie hier.

Von Ralf Christoffers,
Vorsitzender der LINKEN im
Landtag Brandenburg

Ich halte die Demonstrationen gegen eine Stationierung amerikanischer Truppen für legitim. Worum geht es?

In den „2 plus 4 - Gesprächen“ (beteiligte Länder: DDR, BRD, USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion) im Rahmen der Deutschen Einheit 1990 gab es Zusagen an die Sowjetunion keine NATO-Truppen östlich der Oder zu stationieren. In einem 2009 veröffentlichten Vermerk der Bundesregierung über ein Gespräch zwischen den beiden damaligen Außenministern Hans-Dietrich Genscher und Eduard Schewardnadse wird dieser Sachverhalt ausdrücklich erwähnt. Ohne diese Zusage hätte es die Deutsche Einigung nicht gegeben.

Man kann jetzt mit Recht darauf verweisen, dass es damals die völkerrechtswidrige Annexion der Krim noch nicht gegeben hat, das Eingreifen Russlands in die Ukraine und dass die Sowjetunion heute nicht mehr existiert. Das ändert nichts daran, dass die damaligen Sicherheitszusagen in der russischen Politik und Gesellschaft präsent sind. Aus russischer Sicht wird durch die NATO eine außenpolitische Zusage gebrochen. Allerdings instrumentalisiert Wladimir Putin innenpolitisch diesen Sachverhalt, um gesellschaftliche Stimmungen in Russland zu erzeugen, die ihn unterstützen und um eine eigene Expansionspolitik zu betreiben.

Den LINKEN in Brandenburg ist bewusst, dass es auf Grund der Historie sowohl in den baltischen Staaten als auch in Polen ein Verhältnis zu Russland gibt, das vor allem durch Angst vor einem Hegemonieanspruch Russlands gegenüber der Region ausgeht. Litauen hat Mitte Januar seine Sicherheitsstrategie neu beschlossen. Dabei wird ein konventioneller militärischer Konflikt mit Russland als größte Gefahr für die nationale Sicherheit definiert. Die Historie und das Meinungsbild unserer östlichen Nachbarstaaten sind genauso ernst zu nehmen, wenn man einen Interessenausgleich über Politik herstellen will. Polen ist immerhin mehrfach in der Geschichte geteilt worden, die Baltischen Staaten wurden von Russland annektiert. Deshalb muss man ihre Sicht auf die Entwicklung berücksichtigen. Aus meinen persönlichen Erfahrungen als Minister in Gesprächen mit Polen und den baltischen

Staaten kann ich bestätigen, dass die Angst vor der Bedrohung durch Russland ein weit verbreitetes Meinungsbild ist und natürlich auch historische Ursachen hat. Das hat – nebenbei gesagt – auch nichts mit der aktuellen nationalkonservativen Regierung in Polen zu tun, sondern ist seit längerer Zeit existent.

Vor diesem Hintergrund ist berechtigt die Frage zu stellen, ob der von der NATO nach der Krim-Annexion herbeigeführte Beschluss, im begrenzten Umfang Truppen in Osteuropa zu stationieren, zu einem Abbau des Spannungsverhältnisses führt oder ob die hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass der Konflikt sich weiter zuspitzt. Deutschland und Europa stehen insgesamt in der Verpflichtung, auf einen Ausgleich zu setzen. Die Baltischen Staaten und Polen haben nach der durch Russland erfolgten Krim-Annexion 2014 um die Stationierung von NATO-Truppen gebeten. Das Ausmaß der Truppenstationierung hat symbolischen Wert.

Die LINKEN lehnen diese Stationierung trotzdem ab. Auch, weil dies zu einer Spirale der Konfrontation werden kann. Ähnlich warnte Außenminister Steinmeier vor einem „Säbelschädel“ an der Grenze.

In der politischen Diskussion wird der Vorwurf sehr oft erhoben, dass die LINKEN damit Positionen der AfD unterstützen. Das ist falsch. Im Jahr 2013 wurde die außenpolitische Konzeption der AfD unter Bezug auf die Rolle Bismarcks in den politischen Positionen dargestellt. Genau diesen Bezug teilt die LINKE nicht: Bismarck war nicht der „ehrliche Makler“, sondern es ging ihm um die Interessenabsicherung des Deutschen Reiches. Dafür war er bereit, Einflussgebiete an Russland – wie zum Beispiel den Balkan – abzutreten. Die LINKE sieht die Bundesrepublik in einer Mittlerrolle in Europa. Einerseits die Interessen der in der EU zusammengeschlossenen Länder gegenüber Russland deutlich zu machen – und auf der anderen Seite die Interessen Russlands gegenüber Westeuropa einschließlich Polen und der baltischen Staaten zu beachten. Diese Konflikte müssen politisch gelöst werden. Das schließt auch Sicherheitsgarantien ein, die politisch durchgesetzt werden müssen. Die Stationierung der NATO-Truppen trägt gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht dazu bei.

Ein gemeinsames Werteverständnis Westeuropas kann gegenüber



Am 9. Januar protestierten zahlreiche Menschen gegen die Stationierung von Panzern für 4.000 US-Soldaten in Osteuropa. Christian Görke, Vorsitzender der Brandenburger LINKEN, erklärte dazu: „Wir sind historisch in der Verantwortung für Frieden und Abrüstung zu sorgen. Panzer schaffen keinen Frieden – nirgends. Im Gegenteil, eine Truppenverlagerung in einem solchen Ausmaß ist Teil immer weiterer Aufrüstung und Provokationen.“ Foto: flickr

Russland deutlich gemacht werden. Das ergibt sich sowohl aus der zentralen geografischen Lage Deutschlands als auch aus der wirtschaftlichen Bedeutung. Aus einer so definierten Verantwortung heraus ist es auf der einen Seite richtig, dass es Sicherheitsgarantien gibt und auf der anderen Seite ist jetzt die Zeit der Diplomatie und der Worte – und nicht der Stationierung von Truppen östlich der Oder. In diesem Sinne ist die Diskussion zur Ablehnung der Truppenstationierung richtig und notwendig, weil sie nicht per se das außenpolitische Handeln Russlands legitimiert, sondern die Frage aufwirft, mit welchen Mitteln ein Interessenausgleich herbeigeführt werden kann.

Damit lässt sich die Position der Brandenburger LINKEN in folgenden Punkten zusammen fassen:

Erstens. Eine Stationierung von NATO-Truppen ist zum Abbau von Spannungen nicht zielführend.

Zweitens. Es ist richtig, die gegenüber Polen und den Baltischen Staaten gegebenen Sicherheitsga-

rantien einzuhalten und sie mit politischen und diplomatischen Mitteln umzusetzen.

Drittens. Das Verhältnis zu Russland seitens der Europäischen Staaten braucht eine eigene langfristige Perspektive. Die Europäische Union braucht eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik, unabhängig von der Entwicklung in der NATO. Das gilt natürlich nicht nur im Verhältnis zu Russland, sondern zu allen Regionen der Welt.

Viertens. Brandenburg hat als einziges deutsches Bundesland in der Verfassung einen Artikel zur Zusammenarbeit mit Polen. Diesen Artikel hat Brandenburg, und auch die LINKE, mit intensiven Leben erfüllt. Es gibt grenzüberschreitende Kooperationen, gemeinsame Räume wirtschaftlicher Entwicklung, Kultur- und Jugendaustausch. Dieser selbstverständliche Umgang mit dem Nachbarland ist eine Lehre aus der Geschichte.

Originalrede als Video: <http://www.linksfraktion-brandenburg.de>

Leistungsfähigkeit erhalten

Die Brandenburger LINKE will Verbesserungen für ältere Lehrerinnen und Lehrer und das Ehrenamt stärken.

OW-Beitrag/bc

Im Neujahrsgespräch der Brandenburger Linksfraktion mit Journalisten Anfang Januar stellte der Vorsitzende der Fraktion, Ralf Christoffers, die Vorhaben der LINKEN für das Jahr 2017 vor. Dazu gehören die Umsetzung beschlossener Vorhaben wie zum Beispiel kommunaler Straßenbau, sozialer Wohnungsbau, Breitbandausbau, stärkere Unterstützung der freien Kulturszene, die Umsetzung des Krankenhausinvestitionsprogrammes. Das Land wird auch 2017 neue Landesbedienstete einstellen, dazu gehören vor allem Polizisten, Lehrer und Justizangestellte.

In den letzten Jahren wurde viel für das Bildungssystem getan: Tausende Lehrer eingestellt, Investitionen getätigt. Aber ein weiterer Punkt sei aus Sicht der LINKEN zu berücksichtigen, erläuterte Christoffers: „Viele Lehrerinnen und Lehrer arbeiten seit Jahrzehnten. Sie sind eine wichtige Stütze des Bildungssystems. In der Altersgruppe der über 60-Jährigen gelangen jedoch auch eine Reihe von Lehrerinnen und Lehrern an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Durch Krankheit gibt es viele Ausfälle. Deshalb muss im Jahr 2017 die Frage beantwortet werden: Gibt es bessere Möglichkeiten, ältere Lehrerinnen und Lehrer gesund im Arbeitsleben zu verankern?“ Bisher gibt es bereits die Möglichkeit so genannter „Abminderungsstunden“. Die Rot-Rote Landesregierung müsse nun prüfen, ob dies ausgeweitet werden kann, damit eine Entlastung zu schaffen und gleichzeitig die Stabilität des Unterrichtes zu

erhöhen. „Damit müssen aber gleichzeitig wieder neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, um einen Ausgleich zu schaffen“, betont Christoffers. Seine Fraktion will sich dafür stark machen, noch mit dem Schuljahr 2017/2018 eine Lösung zu finden.

Im Januar gab es auf diesen Vorschlag vor allem Post von Rektoren: Sie wollen auch ein höheres Einstiegsgeld für Grundschullehrer, damit Brandenburg nicht seine Lehrer an Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt verliert. Der bessere Umgang mit

den älteren Lehrerinnen und Lehrern könne aber tatsächlich den Schulbetrieb verbessern.

Die LINKEN wollen zudem das Ehrenamt stärker unterstützen. „Über und durch das Ehrenamt wird in Brandenburg ein sozialer Zusammenhalt geschaffen, den wir stärker unterstützen müssen“, machte Christoffers deutlich. „Die Unterstützung kann durch einen Ausbau der Ehrenamtskarte erreicht werden oder durch die Teilübernahme von Fahrkosten. Dazu suchen wir eine Lösung.“



Ehrenamtskarte

Die Bedingungen für den Erhalt der Ehrenamtskarte wurden seit Januar 2017 verbessert. Ab sofort kann sie beantragen, wer sich mindestens ein Jahr im Umfang von 200 Stunden engagiert hat, das Ehrenamt in Brandenburg bzw. in Berlin ausübt und die Absicht hat, das Ehrenamt fortzusetzen. Sie gilt für beide Bundesländer. Im Barnim gehören zu den Partner-Einrichtungen, die Ermäßigungen auf Eintritte gewähren Museen in Eberswalde, der dortige Zoo aber auch die Buchhandlung „Schatzinsel“ in Bernau.

Die Partner findet man unter: <http://ehrenamt-in-brandenburg.de/ehrenamtskarte>. Dort lässt sich auch der Antrag als pdf-Datei downloaden, der an die Brandenburger Staatskanzlei geschickt werden muss (Anschrift findet man auf dem Antrag).

Mittler, Ansprechpartner, Interessenvertreter

Kreiselternebeirat für die Kitas gebildet: Weitere Mitstreiter gesucht!

Von Margitta Mächtigt,
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses im Barnimer Kreistag

Am 25. November 2016 wurde nach einer intensiven Vorbereitungsphase der Kita-Kreiselternebeirat Barnim gewählt. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter der Elternschaft aus den Kindertagesstätten der Städte und Gemeinden des Landkreises an. Der Kita-Kreiselternebeirat soll in allen wesentlichen die Kindertagesbetreuung/Kindertagespflege betreffenden Fragen im Jugendhilfeausschuss des Kreistages angehört werden.

Weitere Aufgabe des Kreiselternebeirates ist es auch, Informationen der Eltern, Ansprechpartner und Interessenvertreter an die Entscheidungsträger heranzutragen und umgekehrt. Deshalb sind alle interessierten Eltern beim Beirat herzlich willkommen!

In den Vorstand des Beirates wurden gewählt: Annett Heidebrunn, Evangelische Kita Eberswalde (Vorsitzende), Ingo Naumann, Kita Villa Kunterbunt Eberswalde (stellvertretender Vorsitzender), Dörthe Saeger, Kita Regenbogen Eberswalde (Schriftführerin). Mitglieder des Vorstandes sind Beate Philipp, Kita „Spielhaus Ahrensfelde“, Ortsteil Blumberg, Nadine Lux, Kita „Kleiner Strolch“ Schorfheide, Anne-Kathrin Ringel, Kita „Zwergenland“ Werneuchen Ortsteil Seefeld, Daniela Schade, Kita „Knirpsenland“ Biesenthal, Stephan Wagner, Kita „Rappelkiste“ Wandlitz, Ortsteil Basdorf, Michael Jauer, Kita „Villa Kunterbunt“ Eberswalde.

Folgende Arbeitsgruppen wurden gebildet: **Erstens.** Elternmitbestimmung, Evaluation, Einbeziehung der Eltern, Konzeption, bedarfs- und altersgerechte Angebote

Zweitens. Personalschlüssel, Überbelegung laut Betriebserlaubnis, Auslastung, Leiterqualifikation

Drittens. Gesundheit, Unfallstatistik, Allergiker, Verpflegung, Hygiene, Sonnenschutz, Zähneputzen, Inklusion

Viertens. Kitasatzungen, Kitabeitragssatzungen, Benutzerordnungen, gesetzliche Vorgaben dazu, Datenschutz.

Der Kita-Kreiselternebeirat ist zu erreichen per email: Kitabeirat@barnim.de oder per Post: Kita-Kreiselternebeirat Barnim c/o Jugendamt des Landkreises Barnim, Paul-Wunderlich-Haus C, Am Markt 1, 16225 Eberswalde.

Wir hoffen auf ein vielfältiges Engagement der Eltern im Zusammenwirken mit den Erzieherinnen und Erziehern in unseren Kitaeinrichtungen und dem Jugendhilfeausschuss.

Ausbildung in der Altenpflegehilfe

OW-Beitrag/pe

Das Land Brandenburg wird ab diesem Jahr die regelhafte Altenpflegehilfeausbildung fördern. Damit sollen ab Oktober 2017 100 Ausbildungsplätze pro Jahr für Schulabgängerinnen und Schulabgänger geschaffen werden. Das teilte Sozialministerin Diana Golze Mitte Januar mit. Im neuen Landeshaushalt stehen dafür in diesem Jahr über 152.000 Euro, 2018 über 608.000 Euro zur Verfügung. Golze betonte: „Der Arbeitskräftebedarf steigt in der Altenpflege deutlich. Immer mehr Menschen sind auf eine qualifizierte Pflege angewiesen. Darum ist es richtig, dass die Rot-Rote Landesregierung den Zugang zu Pflegeberufen verbessert.“

Die einjährige Altenpflegehilfeausbildung wird im Land Brandenburg seit 2009 angeboten. Altenpflegehelfer/innen unterstützen Pflegefachkräfte bei allen Tätigkeiten rund um die Betreuung und Pflege älterer Menschen im stationären Bereich. Bislang stand die Altenpflegehilfeausbildung in Brandenburg aber nur Interessierten mit einem Bildungsgutschein der Arbeitsagenturen bzw. der Jobcenter im Rahmen einer Umschulung offen. Jetzt öffnet die Rot-Rote Landesregierung die Altenpflegehilfeausbildung auch für Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Damit erweitern sich die Zugangsmöglichkeiten zu den verschiedenen Altenpflegeberufen.

Mindesthonorar für Solo-Selbstständige

OW-Beitrag/pe

Immer mehr Solo-Selbstständige (ohne Angestellte) können nicht von ihrer Arbeit leben und sind auf Grundsicherung angewiesen. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der LINKEN in Brandenburg, Dr. Andreas Bernig, fordert deshalb ein Mindesthonorar für Solo-Selbstständige. „Während es seit 1. Januar 2015 den gesetzlichen Mindestlohn gibt, fehlt eine entsprechende Regelung für Selbstständige“, erläutert Bernig. „Der Zugang zu Sozialsystemen ist nur freiwillig möglich und oft an überhöhte Mindestbeiträge geknüpft, die nicht den realen Verdiensten entsprechen. Deshalb haben viele Selbstständige Schwierigkeiten, sich bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit oder für das Alter abzuschern.“

Die Einführung eines gesetzlichen Mindesthonorars und einen erleichterten Zugang zu den Sozialsystemen sieht die LINKE als ersten Schritt, die Situation zu verbessern. Laut Bundesregierung hat es 2014 in Deutschland rund 4,4 Millionen selbstständige Erwerbstätige gegeben, darunter viele Selbstständige ohne Angestellte.

Frauen-
geschichte(n)

Caroline von Wolzogen



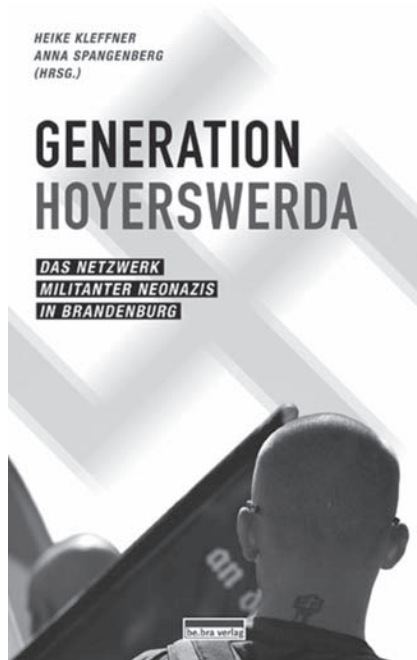
Von Gisela Zimmermann

Caroline von Wolzogen wurde am 3. Februar 1763 in Rudolstadt (Thüringen) als Tochter des Oberlandjägermeisters von Lengefeld am Hof des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt und dessen Ehefrau Louise von Lengefeld, geborene von Wurmb, geboren. Sie wuchs zusammen mit ihrer jüngeren Schwester Charlotte auf.

Bereits als Sechzehnjährige wurde sie mit dem späteren Schwarzburg-Rudolstädter Geheimen Legationsrat und Kanzler F. W. L. von Beulwitz verlobt. Sie heirateten 1784. Die Ehe war nicht glücklich, da der Gatte, obgleich hochgebildet, dem hohen idealen Geistesflug seiner Frau nicht folgen konnte. Deshalb ließ sie sich 1794 scheiden und heiratete im selben Jahr den Legationsrat Wilhelm von Wolzogen. Die beiden an Literatur interessierten Schwestern hatten unter anderem engen Kontakt zum Musenhof der Herzogin Anna-Amalia von Sachsen-Weimar-Eisenach in Weimar und zu Schiller, den Carolines Schwester 1790 heiratete. Caroline selbst war mit Schiller durch die gemeinsamen literarischen Interessen bis zu dessen Tod eng befreundet.

Ab 1797 wohnte sie in Weimar. Sie nahm wesentlichen Einfluss auf das geistige und gesellschaftliche Leben der Stadt. Ihr Haus wurde zum Treffpunkt für bedeutende Literaten und Philosophen dieser Zeit, so z.B. neben Schiller auch Goethe, Wieland, Fichte und Wilhelm von Humboldt.

Die bedeutendsten Werke, die Caroline selbst verfasste, sind der 1796/97 erschienene Roman „Agnes von Lilien“ und 1830 die Biografie Schillers. Caroline gilt als mögliche Mitautorin der Erzählung „Der Palast der Wahrheit“ in Wielands Märchensammlung Dschinnistan. Mehrere Schicksalsschläge – der Tod Schillers (1805), ihres Mannes (1809), ihrer Schwester und ihres einzigen Sohnes Adolf (1825) – bewogen Caroline, sich aus dem gesellschaftlichen Leben Weimars zurückzuziehen, und so zog sie 1825 nach Jena. Dort lebte sie zurückgezogen bis zu ihrem Tod am 11. Januar 1847.



Generation Hoyerswerda

Lesung in der Buchhandlung „Schatzinsel“ in Bernau

Rechte Gewalttäter verbreiteten schon in den 1990-er Jahren Angst und Schrecken im Land Brandenburg. Ihr Vorbild: Hoyerswerda – die sächsische Stadt. Dieses Buch zeichnet nach, wie sich brandenburgische Neonazis radikalisierten, Untergrundzellen aufbauten und Anschläge begingen. Dabei geraten auch die Rolle des Verfassungsschutzes und Verbindungen in das Netzwerk der Terrorgruppe NSU in den Fokus. Das Buch „Generation Hoyerswerda“ enthält Beiträge von 19 Autoren. Die Herausgeber: Heike Kleffner, Journalistin und Mitglied des Beirats der Mobilien Opferberatung, hat zahlreiche Beiträge über Neonazis veröffentlicht. Mit Frank Jansen betreut sie das publizistische Projekt »Todesopfer rechter Gewalt«. Sie arbeitet als Referentin für die LINKE im Bundestag mit dem Schwerpunkt NSU. Anna Spangenberg ist seit 2006 Geschäftsführerin des brandenburgischen Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Sie wird **am 23. Februar** zu Gast in der Bernauer Buchhandlung „Schatzinsel“ sein. Beginn: 19.30 Uhr, Eintritt frei, Spende erbeten. Bitte reservieren Sie Ihre Plätze. Tel.: 03338-761991, E-mail: info@schatzinsel-bernau.de

Frühjahrsempfang der Barnimer LINKEN

Am **30. März** lädt die Barnimer LINKE zu einem öffentlichen Frühjahrsempfang um 18 Uhr in das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Eberswalde, Puschkinstraße 13 ein.

Politischer Aschermittwoch in Bernau

Der Politische Aschermittwoch der LINKEN ist in Bernau eine feste Größe. Bereits zum achten Mal werden zahlreiche Akteure mit Texten und Musik die Stadtpolitik auf die Schippe nehmen, und zwar am **3. März**, um 19 Uhr im Bernauer Ofenhaus ein. Einlass ab 18 Uhr.

Gewinner der November-/Dezember-Ausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: H. Strobel, Bernau, das Lösungswort der November/Dezember-Ausgabe lautete: Ralf Kaiser; **Lösungswort dieser Ausgabe:** die grau unterlegten Felder benennen – in der richtigen Reihenfolge gelesen – ein geflügeltes Wort, das derzeit den politischen Alltag bestimmt; **bis zum 20. Februar 2017** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 1. im Wasser lebendes Wirbeltier, 5. Mahlzeit, 9. schmale Straße, 12. lat.: Gold, 13. Nachfahre, 14. engl.: Fehler, 15. künstler. Betätigung, 16. Marderart, 17. Einheit d. magnet. Flusssichte, 20. Ei d. Kopflaus, 22. Textilbehältnis, 24. griech. Buchstabe, 25. Fortbewegungsart, 26. von Planete umkreister Stern, 29. junges Rind, 30. Abk. f. jmd. im Rettungsdienst, 31. Wettkampf, 33. Metallstift, 36. Gegenteil v. warm, 39. mathemat. Bruchbezeichnung, 42. Liegestatt, 43. großes Gewässer, 44. Himmelskörper, 46. hellster Stern i. Sternbild Orion, 47. norweg. Mathematiker (1899-1968), 49. Wettkampfklasse, 50. Variante einer Pflanzenart, 52. weibl. Vorname, 54. Leberprodukt, 55. russ. Schriftsteller (1809-1852, „Der Revisor“), 56. Vorfahrin, 57. Maurerwerkzeug, 58. gebündelter Lichtstrahl, 59.

Preisrätsel

Notiz, 60. weibl. christl. Ordensmitglied, 61. Gattung d. Korbblütler

Senkrecht: 1. tier. Ernährung, 2. Wegverlauf, 3. fest, 4. Zusammenbruch, 5. Titelfigur b. Jane Austen, 6. Heilpflanze, 7. Teil d. math. Bruches, 8. Erlass, 9. dt. Astronom (1915-1993), nach ihm benannter Himmelskörperkatalog, 10. Seidengewebe, 11. Gewinnerin, 18. Nachlassempfängerin, 19. eine Zulassungsklausel für ein Hochschulstudium, 21. geschützte Bezeichng. für einen Beschichtungsstoff, 23. männl. Haustier, 25. afrik. Antilope, 27. Verwandter, 28. Strom in Afrika, 32. Stadt i. Südfrankreich, 34. tatsächl. Größe, 35. Kurzw. f. Gelatine, 37. Bundesstaat i. Südwesten der USA, 38.

Satellit, 40. Gliederfüßer, Kerbtier, 41. Körperposition, 42. Stadt auf Rügen, Verwaltungssitz, 44. Überlieferung (Mz.), 45. Aufsehen, 48. sächs. Stadt an d. Elbe, 51. bulgar. Gebirge, 52. Unterarmknochen, 53. griech. Göttin d. Morgenbrise

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
		12					13				
14				15				16			
		17	18	19		20	21				
22		23	24		25			26	27	28	
	29			30		31		32			
33	34					35			36	37	38
		39	40		41	42		43			
44	45			46			47	48		49	
			50	51			52		53		
54					55				56		
			57				58				
59					60				61		